

Ermittlungsverfahren

Pflichtverteidigerbestellung: Anfechtbarkeit

Ist der Rechtsanwalt vom erkennenden Gericht mit einer gebührenbezogenen Einschränkung zum Pflichtverteidiger bestellt worden, kann der Rechtsanwalt dagegen Beschwerde einlegen. § 305 StPO steht dem nicht entgegen.

OLG Hamburg, Beschl. v. 21. 6. 2012 – 1 Ws 54/12

Pflichtverteidiger: Entpflichtung

Ein Verteidiger, der gegenüber dem Mandanten deutlich macht, dass ihm das Honorar eines Pflichtverteidigers nicht genügt, erweckt bei jedem vernünftig denkenden Mandanten den klaren Anschein, ohne das Zusatzhonorar werde die Verteidigung nicht ordentlich geführt. Es ist dann von einer tief greifenden Störung des Vertrauensverhältnisses auszugehen und der Rechtsanwalt ggf. als Pflichtverteidiger zu entpflichten (§ 143 StPO).

LG Marburg, Beschl. v. 22. 5. 2012 – 7 StVK 442/10

Hauptverhandlung

Beweiswürdigung: Erfolgsabhängige Entlohnung eines Vertrauensmanns der Polizei

Eine erfolgsabhängige Entlohnung der Vertrauensperson der Polizei ist mit einem erheblichen Falschbelastungsmotiv verbunden. Dies muss bei der Beweiswürdigung berücksichtigt werden (§§ 261, 267 StPO).

BGH, Beschl. v. 9. 5. 2012 – 5 StR 41/12

Rechtlicher Hinweis: Sicherungsverwahrung

Ist in der Anklageschrift kein Hinweis enthalten, dass die Anordnung einer Sicherungsverwahrung gegen den Angeklagten in Betracht kommt, muss darauf i.d.R. in der Hauptverhandlung förmlich gem. § 265 StPO hingewiesen werden. Ein Zusatz in der Terminladung ist nicht ausreichend, wenn dieser Hinweis nur dem Verteidiger, nicht aber dem Angeklagten erteilt wurde.

BGH, Beschl. v. 26. 6. 2012 – 1 StR 158/12

Ausschluss der Öffentlichkeit: Verlegung des Fortsetzungstermins

Die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung werden nicht dadurch verletzt, dass der Zeitpunkt der Fortsetzung der Hauptverhandlung in demselben Saal des Gerichtsgebäudes aber zu spä-

terer Uhrzeit desselben Tags auf dem ausgehängten Terminsverzeichnis nicht vermerkt ist.

OLG Hamm, Beschl. v. 25. 6. 2012 – III-3 RBs 149/12

Rechtsmittelverfahren

Ausschluss der Öffentlichkeit: Anforderungen an die Verfahrensrüge

Für die Zulässigkeit der Rüge einer Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes bedarf es nicht der Darlegung, dass sich tatsächlich jemand vom Besuch der Sitzung hat abhalten lassen. Der Revisionsgrund nach § 338 Nr. 6 StPO greift nur ein, wenn das Gericht für die Zugangsbeschränkung verantwortlich ist.

OLG Celle, Beschl. v. 1. 6. 2012 – 322 SsBs 131/12

(mitgeteilt vom 2. Senat für Bußgeldsachen des OLG Celle)

Haftrecht/Vollstreckung

Akteneinsicht: U-Haft des Beschuldigten

Wird dem Verteidiger nicht ausreichend Akteneinsicht gewährt, kann das Gericht auf die Tatsachen und Beweismittel, die deshalb nicht zur Kenntnis des Beschuldigten gelangten, eine Haftentscheidung nicht stützen. Ein Haftbefehl ist daher aufzuheben (§§ 147, 120 StPO).

AG Halle-Saalkreis, Beschl. v. 26. 6. 2012 – 395 Gs 275 Js 16282/12 (300/12)

StGB – Allgemeiner Teil

Unterbringung: Verstoß gegen BtM-Gesetz

Außer dem Erwerb von kleinen Rauschgiftmengen zum Eigenkonsum rechtfertigt die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt nach § 64 StGB nicht.

OLG Nürnberg, Beschl. v. 4. 6. 2012 – 1 St OLG Ss 128/12

(mitgeteilt von RA Ralf E. Peisl, LL.M., Nürnberg)

Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort: Entziehung der Fahrerlaubnis

Für die Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB ist erforderlich, dass der Beschuldigte wissen konnte, bei dem Unfall einen bedeutenden Fremdschaden verursacht zu haben.

LG Kaiserslautern, Beschl. v. 25. 6. 2012 – 5 Qs 72/12

* Anm. d. Redaktion: Entscheidungen in dieser Rubrik sind – je nach Wichtigkeit – auch für die Besprechung im Rechtsprechungsreport in einem der Folgehefte vorgesehen.

